

Atempause für Gewerbemieten in der Corona Krise

Gemeinsamer Appell der beteiligten Dachorganisationen und Verbände



Händler, Gastgewerbe, Handwerker, Dienstleister, Kulturtreibende und Produzenten sind von der Corona-Krise besonders stark betroffen. Sie betreiben meist kleine und mittlere Betriebe oder sind Solo-Selbständige. Es sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, die mit ihrer Orientierung an den Wünschen von Kunden, Auftraggebern, Gästen oder Besuchern unsere Innenstädte und Ortszentren in besonderer Weise beleben und darüber hinaus die wirtschaftliche Basis für das gesamte Gemeindegebiet bilden.

Das gilt für normale Zeiten. Nun aber erfahren viele dieser eigentlich sehr gesunden Betriebe wegen angeordneter Schließungen und den Stornierungen verunsicherter Kunden einen historisch einmaligen Einbruch: Über Nacht sinken Umsätze auf Null, monatliche Ausgaben für Personal, Mieten und Unterhaltung in vier-, fünf- oder sogar sechsstelliger Höhe laufen aber kaum gebremst weiter. Im Handel bindet die für das Frühjahr geordnete Ware fünfstelligen Anschaffungs- und Lagerkosten, kann aber jetzt nicht mehr zu den ursprünglich geplanten Preisen verkauft werden. In der Gastronomie sind Planungen unmöglich geworden. Das Handwerk kann seine Dienstleistungen nicht erbringen. Das alles löst sehr schnell große Liquiditätsprobleme aus.

Diese für kleine und mittelständische Betriebe oft existenzbedrohende Krise schlägt unmittelbar auch auf die Immobilienwirtschaft durch. Denn insolvente Unternehmen fallen schlagartig als Gewerbemieten aus. Da die Zahl der Betriebe insgesamt in der Krise sehr stark sinken kann, dürfte es auch weniger Nachrücker geben als bisher möglich.

Daher setzen sich die beteiligten Dachorganisationen und Verbände dafür ein, alle Akteure – Vermieter ebenso wie Mieter von Gewerbeimmobilien – an einen Tisch zu bringen und über eine befristete Anpassung der Mietverträge zu sprechen

Das Ziel des Dialogs ist es, trotz unterschiedlicher Interessen, wichtige Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und bei krisenbedingten Problemen einen fairen Ausgleich und individuelle Lösungen zum dauerhaften Erhalt der Mietverhältnisse zu ermöglichen. Die Krise lässt sich nach der gemeinsamen Überzeugung aller Beteiligten nur mit Solidarität und gegenseitigem Verständnis füreinander bewältigen.

Die Dachorganisationen und Verbände wollen deshalb gemeinsam für die betroffenen Betriebe die Chance verbessern, auch nach der Corona-Krise weiterhin leistungsfähig zu sein. Gleichzeitig fordern die beteiligten Dachorganisationen und Verbände die Bundespolitik auf, dieses Thema bei den Unterstützungsmaßnahmen konkret mit in den Blick zu nehmen. Es geht hier über die Akuthilfen für von Umsatzeinbrüchen betroffene Betriebe hinaus um die notwendigen Mittel, die gewachsenen Strukturen in unseren Stadt- und Gemeindezentren und den Betriebsstandorten in Gewerbehöfen und Gewerbegebieten zu erhalten. Eine gesunde Mischung von Wohnungen und Gewerbe machen die Attraktivität unserer Städte und Gemeinden aus. Der von der Bundesregierung geplante Krisenfonds für Härten im Immobilienbereich sollte deshalb auch auf die Probleme gewerblicher Vermietung ausgerichtet werden.

Berlin, im März 2020